

geplant war, ist es wieder still geworden. Es handelt sich dabei um die der Kirchenbehörde zu gewährenden Bewilligung eines Geistlichen im Interesse des Dienstes auf gegen seinen Willen verziehen zu können. Vermutlich wird ein solcher Entwurf, wenn er überhaupt zustande kommen sollte, erst der nächsten ordentlichen Generalversammlung von 1909 vorgelegt werden.

Pariser Grandinger und das Zentrum.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Pariser Grandinger hat am letzten Sonntag in Bamberg vor einer tausendköpfigen Versammlung eine A. erklärt:

Die fortschreitende Vereinigung und die Vereinigung von Religion, Konfession und Politik haben in die Öffentlichkeit gedrängt. Die Zentrumspartei habe sich als konfessionelle Partei entwickelt, und die Vertreter des religiösen Antisemitismus seien die berufensten Agitatoren des Zentrums geworden. Obgleich das Zentrum immer erklärt, keine konfessionelle Partei zu sein, habe es doch vor den Wahlen gesagt: „Was katholisch ist, gehört zu uns“. Der feindselige Zentrums gegenüber, der Satz sei heidnisch, habe er ertragen, daß der Kaiser und der Prinzregent Männer mit normalem religiösem Gefühl seien, die keinen heidnischen Staat bilden. Unter der Devise „Die Religion ist in Gefahr“ werde alles konfessionellisiert; heute habe man sogar katholische Radikalevereine. Er wisse, daß ein Priester sich am Politik wenig kümmere, habe, deshalb, noch ein soziales zum Landtag hinaus, wenn Dr. Schäfer vorangehe.

Die ausländischen Wanderarbeiter.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen hat eine Umfrage angestellt, um Material zu sammeln, aus dem Forderungen, Leistungen und Umfang der Kontraktbrüche ausländischer Wanderarbeiter beurteilt werden können. Danach haben in den Leistungen im betriebl. die Siedlungen auf 89,9 Prozent, die russischen Polen von der ostpreussischen Grenze zu 82,6 Prozent, die Ruthenen zu 65,9 Prozent, die russischen Polen von der schlesischen Grenze zu 64,7 Prozent und die Galizier zu 51,7 Prozent. In der F. haben betriebl. am besten die Siedlungen auf 89,8 Prozent, dann die Galizier zu 85,8 Prozent, die russischen Polen von der schlesischen Grenze zu 77,2 Prozent, die russischen Polen von der ostpreussischen Grenze zu 76,1 Prozent und die Ruthenen zu 72,5 Prozent. Die Kontraktbrüche haben in diesen Jahre mit Rücksicht auf den außerordentlichen Anstieg der Nachfrage eine ganz erhebliche Steigerung erfahren. Bei den Polen von der ostpreussischen Grenze sind 35,2 Prozent, bei den Galizier 28,2 Prozent, bei den Ruthenen gar 56,3 Prozent, bei den schlesischen Polen 29,9 Prozent und bei den Siedlungen 19 Prozent kontraktbrüchig geworden.

Hierzu haben sich die Siedlungen in bezug auf Leistung, Führung und Kontraktbruch ganz gut verhalten; aber sie spielen in der ostpreussischen Landwirtschaft doch nur eine sehr kleine Rolle. Ihre Zahl beläuft sich auf 142, dagegen zählen die russisch-polnischen Arbeiter von der ostpreussischen Grenze mit 35,2 Prozent Kontraktbrüchigen 949, die russisch-polnischen Arbeiter von der schlesischen Grenze mit 29,9 Prozent Kontraktbrüchigen 1908 Personen. Selbst die Ruthenen mit 56,6 Prozent und die Galizier mit 38,2 Prozent Kontraktbrüchigen sind weit zahlreicher als die Siedlungen, denn ihre Zahl nur 388 bzw. 422.

Bei den Polen von der ostpreussischen Grenze ist zwar eine erhebliche Besserung bezüglich der Leistungen eingetreten, aber ihren bösen Ruf hinsichtlich des Kontraktbruchs haben sie leider, wie der Bericht der ostpreussischen Landwirtschaftskammer betont, auch in diesem Jahre bewahrt. Auffallend sind die Ergebnisse über die schlesischen Polen, die sich nicht immer aufs Beste verhalten. Der Grund hierfür dürfte darin zu suchen sein, daß der Agent für schlesische Polen der Arbeitsnachweise alle noch bis spät in den Juli hinein Arbeiter besorgt hat. Naturgemäß waren die so spät anziehenden Leute mehr oder weniger minderwertig, und dadurch erklärt sich auch der verhältnismäßig schlechte Prozentfuß. Bezüglich der Ruthenen gehen die Ansichten über Leistung und Führung ganz erheblich auseinander. Am schlechtesten haben sich jedenfalls die Galizier verhalten.

Die Wahlrechtsvorlage im Königreich Sachsen.

Die Debatte über die Wahlrechtsvorlage in der zweiten sächsischen Kammer wurde am 3. c. fortgesetzt. Minister des Innern Graf von Hohenhausen und Regen erklärte, daß die Regierung das Ständebestehen in Erwägung gezogen habe, aber bei der Schwierigkeit, die sich aus der Umfassung von Ständen ergeben würde, davon abgesehen sei. Die Regierung betrachte das als angelegentliches System der Wahl durch Kommunalverbände nicht als indirekte Wahl, sei aber bereit, eine andere Organisation dieser Wahl vorzuschlagen. Dem empfohlenen Ausbau des Ruralwahlsystems sei er nicht abgeneigt. Nachdem noch verschiedene Redner zur Vorlage gesprochen, wurde der Regierungsentwurf an eine besondere Kommission überwiesen, deren Wahl in den nächsten Tagen erfolgen wird.

Deutsches Reich.

Seine Majestät der Kaiser unternahm nach einer Meldung aus Bournemouth Mittwoch nachmittags eine Ausfahrt im Automobil. Der Kaiser besuchte den Carl Malmsbury und nahm bei Carl Norman von der See. Das Wetter war regnerisch. — Donnerstag früh begab sich der Kaiser bei gutem Wetter zur Jagd bei Lord Alington.

aus hohen Ämtern. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Wir wir hören, ist zum Nachfolger des am 1. Januar kommenden Jahres in den höchsten tretenden Präsidenten des Obergerichtspräsidenten Peters der Präsident der Hauptverwaltung der Staatsstudien, Wirkl. Geheimrat Dr. v. Ritter, zum Präsidenten der Hauptverwaltung der Staatsstudien der Unterrichtssekretär im Ministerium des Innern, Wirkl. Geheimrat v. Wilschowsky, und zu dessen Nachfolger der Regierungspräsident von Soltau in Döbeln ernannt worden. Der Regierungspräsident v. Schwerin in Arnberg wird in gleicher Eigenschaft nach Döbeln versetzt.

In der Sitzung des Bundesrats am Donnerstag wurde dem Entwurf einer Maß- und Gewichtsordnung Zustimmung erteilt.

Wolff-Garden. In dem am 16. Dezember vor der zweiten Strafkammer des Berliner Landgerichts anhängenden Prozesse Wolff-Garden wird Oberstaatsanwalt Hensel auf Anweisung des Justizministers die Anklage vertreten.

Vrenthijfer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 5. Dezember, 11 Uhr.

Am Ministertisch: DeLbrück.

Eine Reihe von Verordnungen über Beschäftiger- und Arbeiterverordnungen in einzelnen Kreisen werden in einmaliger Beratung erörtert.

Es folgt die erste Beratung des Duellen schwebende Handelsminister Dr. Schulerz, Dr. v. Rosenfeld bietet nichts Neues. Er hat Vorschläge gemacht, vorgelegt und war auch schon Gegenstand der Kommissionberatung. Die Vorlage beschränkt sich nicht nur auf Seilquellen, sondern bezieht sich auch auf andere gemeinnützige Quellen.

Abg. v. Treusch (konj.): Der Entwurf hat schon früher im allgemeinen eine wohlwollende Aufnahme gefunden. Bedauerlich erscheint, daß die Regierung nach Schluß der vorigen Session nicht ein Gutachten der provinzialen Vertretungen eingeholt hat, um zu sehen, auf welchen Quellen diese Vertretungen das Gesetz ausgedehnt wissen möchten. Am liebsten dürfe dies ausdrücklich angesetzt werden. Ich beantrage Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Lufenski (nl.) wünscht eine scharfe Begriffsbestimmung für „gemeinnützige Quellen“.

Handelsminister Dr. DeLbrück meint, eine besondere Verweisung der Provinziallandtage sei nicht notwendig gewesen. Dadurch wäre ja das Zustandekommen des Gesetzes abermals um ein Jahr verzögert worden.

Abg. Gräter (alt.): Ich verlanke Zulässigkeit des Verwaltungsverfahrens in der Entscheidungstrage.

Nach weiteren Reden der Abg. Gersfeld (frei. Vpt.), Stull (Ztr.) und v. Rosenheim (konj.) wird die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgen Anträge.

Abg. Frisch (nl.) einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, durch den gemäß Artikel 98 der Preussischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 die Verfassung der nicht zum Richteramt gehörigen Staatsbeamten einseitlich und den veränderten Verhältnissen entsprechend geregelt werden.

Artikel 98 der Verfassung stellt einen solchen Gesetzesentwurf in Aussicht, welcher ohne die Regierung in der Wahl der ausführenden Organe zweckmäßig zu beschränken, den Staatsbeamten gegen willkürliche Entziehung von Amt und Einkommen angemessenen Schutz gewährt.

Abg. Dr. v. Wilmann (frei.): Meine Freunde sind nicht geneigt, dem Antrag in seinem vollen Umfange beizutreten. Wir geben zu, daß namentlich das Disziplinarrecht der Beamten änderungsbedürftig ist. Wir können aber nicht das Disziplinarrecht etwa mit dem Kommunalverordnungsrecht in einer Vorlage gemeinsam behandeln. In Reich und Staat sind jetzt so wichtige Fragen zu regeln, daß nicht mehrere Angelegenheiten gleichzeitig in den Vordergrund zu bringen sind. Der Antrag erhebt ein so großes und schwieriges Werk, daß seine Verwirklichung in absehbarer Zeit ausgeschlossen ist. Behalten wir das praktisch Erreichbare im Auge, indem wir einzelne besonders dringliche Fragen regeln.

Die Abg. Weitzel (frei. Vpt.) und König-Arsfeld (Ztr.) stimmen dem Antrage zu.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Freireisenden angenommen.

Letzter Gegenstand ist ein Antrag des Abg. Hammer (konj.), eine Verringerung des Warenhaussteuergesetzes dahingehend vorzunehmen, daß die Verringerung nach dem Jahresumsatz und unter Berücksichtigung der Höhe des Anlage- und Betriebskapitals in der Weise erfolgt, daß der Steuerfuß außer mit der Höhe des Umsatzes auch mit demjenigen des Anlage- und Betriebskapitals steigt.

Abg. Hammer (konj.) begründet den Antrag, das Warenhaussteuergesetz von 1900 hat seinen Zweck in dem erwarteten Maße nicht erfüllt. Wir wollen daher einen neuen Weg einschlagen. Die Warenhaussteuer ist gerecht; wir müssen wir vom Jahresumsatz ausgehen, sowie die Höhe des Anlage- und Betriebskapitals berücksichtigen. Der Ertrag der Steuer möchte ich den Steuerpflichtigen überlassen. Ich hoffe, wir werden in der Kommission zu einer Verständigung kommen. (Beifall.)

Abg. Eder (freil.): Wie die Warenhaussteuer jetzt liegt, mühten wir uns die Frage vorlegen, ob es nicht besser ausgefallen ist. Wir begrüßen den Antrag. Der Ertrag der Steuer muß aber weiter den kleinen Gewerbetreibenden zu gute kommen. Der schlimmste Feind unseres Mittelstandes ist der Kaufmann. Wir werden an demselben Geld verdienen und dabei den Begriff Warenhaus zu erweitern haben.

Abg. Dr. Gersfeld (frei. Vpt.) warnt davor, die Warenhaussteuer zur Ertragssteuer zu machen. Die Gewerbesteuer verbietet, einzelne unbedeutsame Betriebszweige zu erfassen. Die schlimmsten Feinde der Detailsind sind die vielen Detailgeschäfte selbst.

Abg. Marx (Ztr.) glaubt, das Warenhaussteuergesetz sei nicht erfolglos gewesen, wenn auch nicht alle Kaufmannsener Vater erfüllt habe. Von einer Erhöhung der Warenhaussteuer ist nicht die Rede. Zugaben sei, daß die großen Spezialgeschäfte und die Firmen mit zahlreichen Filialen dem Mittelstande gleichfalls viele Kunden entziehen. Wir werden versuchen, den Antrag Hammer zu einem guten und wirksamen Gesetz auszugestalten.

Abg. Lufenski (nl.) ist zur Mitarbeit in der Kommission bereit.

Nach unerschöpflichen Bemerkungen der Abg. Eder (freil.), Dr. Gersfeld (frei. Vpt.) und Marx (Ztr.), sowie einem Schlußwort des Abg. Hammer (konj.) wird der Antrag der Handels- und Gewerbekommission überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Mittwoch, den 11. Dezember, 2 Uhr: Interpellation über die Beamtengehälter, Folgefrage.

Auf eine Anfrage des Abg. Frisch (nl.) erklärt Präsident v. Gräter, die Staatsregierung wünsche sich zum freimüthigen Nachforschungsantrag erst nach Weisungen zu äußern. Die Abg. v. Wappenheim (konj.), Dr. Friedberg (nl.) und Dr. Försch (Ztr.) versichern, auch ihnen sei die baldige Beantwortung dieses Antrages erwünscht.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung vom 5. Dezember, 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Stengel, v. Rheinbaben, v. Wichmann-Holweg, R. Raabe, v. Einem (vor Beginn der Sitzung nach dem Aufbruch).

Die Generaldebatte über den Etat wird fortgesetzt.

Abg. v. Normann (konj.): Mit Bezug auf die Mitteilungen in den getriggen Abendblättern habe ich zu erklären, und zwar namens meiner Fraktion: Wir haben in der Debatte durch unsere Freunde erklären lassen, daß wir entschlossen sind, die Vorkommnisse, soweit es mit unserer Verantwortung vereinbar ist, aufrichtig und ehrlich zu untersuchen. Wir sind auch ferner gewillt, in diesem Sinne zu arbeiten. Ich erkläre danach, daß wir unsere vertrauensvolle Stellungnahme zur Politik des Reichstages beibehalten und demgemäß auch in unserer Stellung zum Etat verharren werden. Diese Erklärung habe ich gleichzeitig abgegeben im Namen der Reichspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung. (Beifall.)

Abg. Hoffmann (natib.): Im Auftrage meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abgegeben: Wir erkennen in dem Zusammenwirken der Konservativen und Liberalen nach wie vor eine politische Notwendigkeit; wir betonen, daß der Reichstag diese durch die Abstimmungslösung vom

13. Dezember 1906 eingeleitet und bei den Neuwahlen vom Volke ausgeübte Politik (Großer Kampf beim Antikloß) nach wie vor unterstützen wird. (Beifall.) (Beifall beim Reden.) Ich habe meine Erklärung nach folgendem hingelassen: Auf die Unterstützung der Abg. Raabe mit dem Kriegsminister habe, komme ich nicht. Der Abg. Raabe wird das in seinen Händen befindliche Material zur Verfügung des Kriegsministers stellen. Wie er schon ausgeführt hat, hat er nicht beabsichtigt, dem Kriegsminister persönlich nahe zu treten. (Beifall.) beim Zentrum und bei der Sozialdemokratie. Ich erkläre mich dieses Auftrages unter Hingufügung, daß wir unbedeutend einzelner Differenzen volles Vertrauen zu der Person des Kriegsministers und seiner Verwaltung haben. (Beifall.) (Beifall beim Reden.) (Beifall beim Zentrum und bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Dr. Wilmann (frei. Vpt.): Im Namen der freimüthigen Volkspartei, der freimüthigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei habe ich zu erklären, daß wir einmütig gewillt sind, gegen unferne bisherigen, aus sachlichen Gründen beobachteten Haltung die Vorkommnisse weiter zu unterstützen. (Beifall.) (Beifall beim Zentrum und bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Singer (Ztr.): Zur Gefährdung!

König v. Stolberg: Der Abg. Gräter hat das Wort. (Zurück bei den Zonen.)

Abg. Gräter (alt.): Die ganze Situation ist die: „Lind der Gans läßt die Gans, und es ist alles weiter gut!“ (Stürmische Heiterkeit.) Wir wollen diese Unterhaltung nicht führen, ich verzichte daher auf Wort. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen: Im Hinblick auf die jetzige Situation verzichte ich auf Wort. (Beifall.)

Ein Schlußantrag gelangt zur Annahme.

Abg. Singer (Ztr.): Das Zentrum sieht jetzt, welche unheilvolle Politik es getrieben hat, als es die Gefährdung anheben ließ. Der jetzige Präsident ist nur ein Präsident der Mehrheit. (Große Ironie beim Reden.) (Beifall.)

Ein Schlußantrag gelangt zur Annahme.

Es folgt die erste Beratung des Handelsprovisoriums mit England (Verlängerung des bestehenden um zwei Jahre, also bis Ende 1909).

Staatssekretär v. Wichmann-Holweg nimmt unter größter Ironie im Laufe des Wortes. Die Regierung im Hause, bei Journalen und Sozialdemokraten. Präsident Stolberg schaffte mit Not und Mühe vorübergehend Still, worauf der Staatssekretär kurz erklärt, ist fann in dem gegenwärtigen Augenblicke nichts anderes tun, als Ihnen die Vorlage zur Annahme zu empfehlen.

Abg. von Hehl (natib.) gibt unter fortwährender Bewegung in der Erklärung ab, daß seine Freunde mit der Genehmigung der Vorlage, und zwar ohne Kommissionberatung, einverstanden seien.

Abg. Wiemer (frei. Vpt.) gibt eine gleichartige kurze Erklärung ab.

Abg. v. Ditteln (Vpt.) stimmt dem namens seiner Fraktion zu, äußert aber zugleich die Hoffnung, daß die besagte Verlängerung die letzte sein werde, und daß es gelingen möge, nach zwei Jahren zu einem definitiven Beschluß zu gelangen.

Abg. Graf Schwerin-Waldau (konj.) gibt seiner Genehmigung über die freundlichen Beziehungen Ausdruck, die sich in letzter Zeit zwischen den beiden germanischen Völkern herausgebildet hätten, und die ihre Befestigung in den letzten Wochen durch die staiferische gefunden hätten. Wenn seine Freunde auch Einwendungen gegen die Vorlage hätten, wollten sie doch jedes Einverständnis nicht füren, sie würden daher der Vorlage auch ohne Kommissionberatung zustimmen.

Abg. Singer (Ztr.): Auch wir werden der Vorlage zustimmen.

Dieser wird die Vorlage in zweier Lesung genehmigt. Freitag 1 Uhr: Antrag Graf Sompsch betr. Förderung des Handels und des landwirtschaftlichen Mittelstandes. Schluß 1 1/2 Uhr.

Ausland.

Rußland. Eine der „Polit. Korresp.“ aus Petersburg zugehende Mitteilung versichert auf Grund von Erfindungen an unterirdischer Stelle, daß die Gerichte über eine von der russischen Regierung geplante Errichtung einer Station an der mandschurischen Küste, sowie über eine im Zusammenhang damit durchzuführende Verlegung russischer Truppenkörper in das genannte Gebiet nicht im geringsten den Tatsachen entsprechen.

Der amerikanische Kriegssekretär Taft ist am 5. c. von Petersburg abgereist.

In Petersburg begann Donnerstag mittag der Prozeß gegen die sozialistischen Abgeordneten der zweiten Duma wegen Hochverrats. Die Angeklagten und ihre Verteidiger weigern sich, an den Prozeßhandlungen irgendeinen Anteil zu nehmen, da die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Die Studenten der Universität und mehrere Tausend Arbeiter von Fabriken streifen anlässlich des Prozesses demonstrativ. Die Ruhe ist nirgends gestört. Zahlreiche Gendarmeriepatrouillen durchstreifen die Straßen.

Zürich. Bei einer Zusammenkunft der Volkspartei in der Angelegenheit der macedonischen Justizreform wurde der Entwurf einer an die Rote zu richtenden Note scharfgefaßt und angenommen. Die Volkspartei werden den Entwurf ihren Regierungen zur Genehmigung vorlegen.

Schweden. Ueber das Befinden König Oskars wurde Donnerstag mittag folgendes Bulletin ausgegeben: „Ein Malenclien bereitete dem König gegenwärtig (Mittwoch) anabende Schmerzen, die ihm von den Ärzten durch Totalbehandlung gelindert wurden. Der Schlaf ist wenig zufriedenstellend. Die Temperatur normal.“

Der Vorfall in den neugebildeten Ministerium führt Staatsminister Lindman.

Aus Nah und Fern.

Wo steht der Antisemitismus? Als der den Niederösterreichischen Verein für Antisemitismus in Wien (Nah) geborene Antisemitismus, den internationalen Antisemitismus zur Bekämpfung an den internationalen Antisemitisten erfüllt wurde, bemerkte man, daß einer der dabei beschäftigten Soldaten zu viel

